Der „Green Deal“ reduziert Nahrungsmittel und Bevölkerung: Millionen von Menschen werden keine Lebensmittel haben

Die Europäische Kommission hat im Mai 2020 ihre „Farm to Fork“-Strategie (F2F) und ihre Biodiversitäts-Strategie veröffentlicht. Diese sogenannten Strategien sind ein Kernbestandteil des neuen „Green Deal“ der EU, der zu einer deutlichen Senkung der Nahrungsmittelproduktion und zu mehr Hunger und Not für Millionen von Menschen führen wird. Seit zwei Jahren gehen Landwirte in Deutschland, den Niederlanden und anderen Staaten mit ihren Traktoren auf die Straße gegen das EU-Diktat, das in den nächsten zehn Jahren allen Ländern auferlegt werden soll.

Die Grundidee des neuen Ansatzes der EU ist einfach: Erstens wird den Landwirten befohlen, weniger Land für Ackerbau und Viehzucht, weniger Dünger, weniger Chemikalien zum Pflanzenschutz usw. zu nutzen. Das garantiert eine Senkung der Nahrungsmittelerzeugung. Zweitens wird – zum ersten Mal überhaupt – der Zweck der Landwirtschaftsgesetze von der Nahrungsmittelproduktion auf sogenannte Umweltverbesserung und Verringerung der Kohlenstoffemissionen verlagert. Das erklärte Ziel der EU ist es, „unser Nahrungsmittelsystem mit den Bedürfnissen des Planeten in Einklang zu bringen“ – d. h. ausdrücklich nicht mit den Bedürfnissen der menschlichen Bevölkerung! Die EU hat einen Zeitplan für Maßnahmen aufgestellt, einschließlich der Überarbeitung der EU-weiten Gemeinsamen Agrarpolitik (der 1962 eingeführten Förderung der Landwirtschaft und Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion) und dem Start einer „Carbon Farming Initiative“ im Jahr 2021.

Im November 2020 veröffentlichte der Wirtschaftsforschungsdienst des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) eine Analyse der verheerenden Auswirkungen der F2F- und Biodiversitäts-Strategien des Green Deal, die zu den Folgen der COVID-19-Pandemie noch hinzukommen.

Das USDA schätzt, daß innerhalb von zehn Jahren zusätzlich zu den sowieso schon erwarteten Zahlen weitere 185 Millionen Menschen in Ernährungsunsicherheit (Mangel an zuverlässigen und/oder ausreichenden Nahrungsmitteln) geraten würden, wenn diese F2F/Biodiversitätsmaßnahmen von der EU, ihren Handelspartnern und den großen Nationen weltweit umgesetzt werden.

London führt den Wettlauf nach unten an

Es versteht sich von selbst, daß angesichts der grassierenden Pandemie eine internationale Zusammenarbeit dringend erforderlich ist, um die Nahrungsmittelproduktion zu stützen und auszuweiten, anstatt sie zu reduzieren. Wir haben es nicht nur mit einer Viruskrise, sondern auch mit einer Hunger-Pandemie zu tun. Laut dem UN-Welternährungsprogramm sind Ende 2020 rund 270 Millionen Menschen akut von Hunger bedroht, und weitere 600 Millionen Menschen leiden unter Ernährungsunsicherheit. Eine Notfinanzierung kann diese Leben retten, indem die weltweiten Nahrungsmittelvorräte optimal genutzt werden. Gleichzeitig können wir handeln, um den Hunger ganz zu beenden. Wir müssen die Produktion und die Produktionskapazitäten ausweiten, ja sogar verdoppeln, aber ganz sicher nicht kürzen.

Trotz dieser Realität und der offensichtlichen Auswirkungen des Green Deal auf den Hunger hat Großbritannien die Führung bei der Umsetzung der EU-Strategien übernommen, indem es im November 2020 sein neues nationales „Landwirtschaftsgesetz“ für sieben Jahre in Kraft gesetzt hat. Das Gesetz bietet Landwirten finanzielle Anreize, die „Umwelt“ über die Ernährung zu stellen. Das ist eine ebenso historische wie schreckliche Veränderung. Die britische Regierung erklärt: „Landwirte und Landverwalter in England werden in Zukunft mit öffentlichen Geldern für ‚öffentliche Güter’ – wie bessere Luft- und Wasserqualität, blühende Tierwelt… – belohnt werden“, um dabei zu helfen, „bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.“

Mit dem Brexit mag das Vereinigte Königreich formal nicht mehr in der EU sein, aber auf beiden Seiten und auch fast überall sonst – außer in China und Rußland – wird die Wirtschaftspolitik immer noch vom monetaristischen Weltsystem der Megabanken und globalen Megakonzerne mit Zentrum in London und an der Wall Street bestimmt, die jetzt das „grüne Finanzwesen“ („Green Finance“) vorantreiben, um die Senkung der Agrarproduktion und des Verbrauchs von Lebensmitteln, Energie und allen anderen Lebensnotwendigkeiten durchzusetzen. Ihr Ziel ist es, weltweit alles in ihre Kontrollnetzwerke umzuleiten, was sie nur können, um damit ihr kollabierendes System zu stützen.

Zu den Hauptförderern dieses Prozesses, insbesondere seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015, gehören **Mark Carney**, ehemals Gouverneur der Bank von England (2013–20) und jetzt UN-Sonderbeauftragter für Klimapolitik und Finanzen, **Sir Michael Bloomberg**, ehemals UN-Beauftragter für Klimapolitik (2018–20), und am prominentesten: **Prinz Charles** und sein Handlanger Klaus Schwab, Gründer und Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums.

Diese Personen und Institutionen sind nicht „konfus“. Sie wissen ganz genau, daß „Green Finance“ und ihre vorgebliche „Umweltretter“-Bewegung Massenentvölkerung bedeutet. Das Weltwirtschaftsforum präsentierte offiziell seinen „Great Reset“-Masterplan für eine mörderische grüne Finanz- und Wirtschaftspolitik und die Verdrängung souveräner Regierungen durch die „Governance“ der Megabanken auf ihrer einwöchigen Veranstaltung „Davos Agenda“ vom 25. bis 29. Januar.

USDA berechnet die Folgen der Input-Kürzungen

Wie das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) berichtet, werden in den „Farm to Fork“- und „Biodiversitäts“-Strategien der EU folgende Reduzierungen des Mitteleinsatzes in der Landwirtschaft gefordert:

- Reduzierung der landwirtschaftlich genutzten Flächen um 10%;
- Verringerung des Düngemitteleinsatzes um 20 %;
- Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden um 50 %;
- Reduzierung des Einsatzes von Antimikrobiotika, also Antibiotika und andere Medikamente, um 50 %.

Diese Kürzungen werden im EU-Strategieplan, der eine „nachhaltigere“ Nahrungsmittelproduktion fordert, die einen „verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt“ ermöglicht, in unterschiedlicher Weise gerechtfertigt. Die falsche Prämisse ist dabei jedoch stets, daß Technologie und wissenschaftlicher Fortschritt die Umwelt ruinieren und daß Wachstum und Bevölkerung begrenzt werden müssen. Damit wird die abgedroschene Behauptung von Pfarrer Malthus (1766–1834) wieder aufgewärmt, eine gelegentliche Entvölkerung sei notwendig, um „die Natur“ und die Anzahl der Menschen ins Gleichgewicht zu bringen – Malthus arbeitete für die Britische Ostindiengesellschaft.

Die EU spricht davon, bis 2030 ein „faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem“ zu erreichen. Doch unabhängig von der Rhetorik agieren die großen Agrar- und Lebensmittelkartelle (Unilever, Nestlé, Walmart, Cargill, JBS usw.) bereits in vielen Ländern gegen Regierungen und Landwirte, festigen ihre ohnehin massive Kontrolle und erlassen Vorschriften - grün oder nicht – zur Produktion. In Indien zum Beispiel protestieren seit Monaten Tausende von Bauern in der Hauptstadt dagegen.

Was aber wäre, wenn über die EU hinaus ein größerer Teil der Welt die Input-Kürzungen des Green Deal übernähme? Es werden 3 Szenarien untersucht:

1. das bereits beschriebene „Nur-EU-Szenario“;
2. ein „Mittleres Szenario“, bestehend aus der EU und den Nationen, die von Agrarrohstoffexporten in die EU abhängig sind. Dieses Szenario geht davon aus, daß die EU jedem Land, das sich weigert, ihre Green-Deal-Strategien zu übernehmen, Handelsbeschränkungen auferlegen könnte;
3. ein „Globales Szenario“: Diese letzte Kategorie umfaßt die 76 wichtigsten Länder bezüglich Bevölkerung, Lebensmittelkonsum und Handel.

Das vorhersehbare Resultat: Katastrophen

Die Folgen des Green Deal für die Landwirtschaft sind ein Desaster. Der Bericht liefert detaillierte Daten über den Preisanstieg für die Verbraucher, die Kürzung der Einkomen der Landwirte und die enormen Rückgänge und Schocks bei Produktionsänderungen, die die obligatorischen Inputbeschränkungen bedeuten. In der EU selbst sinkt die landwirtschaftliche Produktion unter dem Nur-EU-Szenario insgesamt um 12%; weltweit sinkt die Produktion um 1 %. Andere Länder gleichen die Einschnitte in der EU zum Teil aus. Aufgeschlüsselt nach Kategorien sinkt z. B. die Ölsaatenerzeugung in der EU um 61 % und die Weizenerzeugung um 49%. Die Auswirkungen auf die einzelnen Produkte sind unterschiedlich. Bei Weizen z. B. bestimmen Anbaufläche und Düngemittel einen großen Teil des Ertrages, so daß Kürzungen dieser beiden Faktoren große Auswirkungen haben.

Diese und viele andere Details werden auch für die beiden anderen Szenarien bereitgestellt, und der Bericht enthält Datentabellen für Länder, Lebensmittel und Auswirkungen. Aber die Bedeutung der Analyse wird in dem einfachen Punkt vermittelt: *Unter diesem Green-Deal-Wahnsinn werden Millionen von Menschen keine Lebensmittel haben.*

Die Studie veranschaulicht die Zunahme der Zahl von Menschen, deren Ernährung bis 2030 nicht gesichert ist, jeweils für die drei Szenarien. Dabei ist zu beachten, daß es sich um ein sehr lineares, untertriebenes Bild handelt, weitere menschliche oder tierische Epidemien, Pflanzenkrankheiten, Wetterkatastrophen, größere Ernteausfälle usw. sind nicht berücksichtigt. Unter dem Nur-EU-Szenario führen die Kürzungen der landwirtschaftlichen Betriebsmittel und der Produktion dazu, daß weltweit wahrscheinlich 22 Millionen mehr Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, als sonst zu erwarten wäre. Darunter sind 8 Millionen in Afrika und 10 Millionen in Asien. Im Mittleren Szenario steigt die Zahl der auf 103 Millionen Menschen, vor allem in Afrika und Südwestasien.

Zum globalen Szenario stellt der USDA-Bericht fest: „Wenn die Strategien auf globaler Ebene angenommen werden, steigt die Zahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen um 185 Millionen... Der Anstieg der Ernährungsunsicherheit verteilt sich über alle Regionen, aber Afrika (80 Millionen) und das übrige Asien (72 Millionen) sind weiterhin am stärksten betroffen. Das liegt daran, daß sie den größten Anstieg der Rohstoffpreise und die größten BIP-Rückgänge erleben könnten.“

Zentrale:	**06131 - 23 73 84**	**Hamburg:**	**0163 73 65 726**
Baden-Wrtbg.:	**0711 - 7194 33 87**	**Sachsen:**	**0351 - 427 81 40**
NRW:	**0152 02 44 29 89**	**Berlin:**	**030 - 802 34 05**
Niedersachsen:	**0176 632 91447**	**Hessen:**	**0611-716 97 44**
Bayern:	**089 - 725 40 11**		

www.bueso.de

BüSo

Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Herausgegeben von Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 424152, D-12083 Berlin - V.f.d.I.: Barbara Spahn, c/ o BüSo. Eigendruck im Selbstverlag, Februar 2021